Nummer 181 — Halle, Dienstag, den 5. August 1924 — 50. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und St. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der bisherige Dirigent der Presse-Abteilung der Reichsregierung, vortragender Legationsrat Dr. v. Stohrer ist an die Spitze der Personal-Abteilung des Auswärtigen Amtes getreten. — Das Auswärtige Amt hätte sich einmal bei den Deutschen Spaniens — wo Dr. Stohrer während des Krieges tätig war — über ihn erkundigen sollen, dann hätte man ihn weder zum Dirigenten der Presse-Abteilung, noch vollends jetzt zum Personalchef gemacht. Aber da, wo Wandel not täte, hat die Revolution ja sowieso alles beim Alten gelassen.

*

Sonntag wurde in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg die erste deutsche Haus- und Schiffbau-Ausstellung eröffnet.

*

Die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft, mit der das neugegründete Berliner Messeamt zum erstenmal in die Erscheinung getreten ist, wurde am Sonntag morgen in der Ausstellungshalle am Kaiserdamm und in den Gesamträumen der Philharmonie eröffnet.

*

Fürst Auersperg wurde verhaftet, weil er in seinem Auto Millionenwerte über die Grenze schmuggeln wollte und sich betrügerischer Machenschaften auf seinem Großgrundbesitz, namentlich bei der Aufforstung der Wälder, schuldig gemacht habe.

*

Nachdem das deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen vom 28. August 1921 von keinem der beiden Staaten gekündigt worden ist, behält es für die Dauer von weiteren neun Monaten, also bis zum 31. Mai 1925 Geltung.

*

Der deutsche Kommunist Höllein ist in Berlin verhaftet worden. Höllein versuchte die Flucht zu ergreifen. Er wurde durch einen Schlag mit einem Knüppel vorübergehend gelähmt und unschädlich gemacht.

*

In einer kommunistischen Antikriegs-Kundgebung soll der französische Pazifist Henry Barbusse sprechen. Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, sowie die Greifswalder Bürgerschaftsverbände erheben energisch Protest. In einem Aufruf heißt es: In Greifswald darf kein Franzose, mag er heißen wie er will, sprechen, solange unsere Brüder am Rhein und Ruhr nicht befreit sind.

*

Am Freitag wurde das erste Schiff bei Scapa Flow gehoben. Es ist dies der ehemalige deutsche Torpedozerstörer V 70.

*

Seit Sonnabend ist auf den Regiebahnen eine Fahrpreiserhöhung von 60 Prozent eingetreten. Die Erhöhung wird mit dem niedrigen Stand des Franken begründet.

*

In der Nähe von Brandeis (Tschechien) stürzte ein Flugzeug aus 150 Meter Höhe auf die Straße. Die beiden Flieger waren auf der Stelle tot.

*

Der amerikanische Weltflieger Leutnant Wade mußte halbwegs zwischen den Orkneyinseln und Island auf das Meer niedergehen. Das Flugzeug wurde ins Schlepptau genommen.

*

Der italienische Flieger Locatelli, der ursprünglich mit Amundsen nach dem Nordpol fliegen wollte, ist wegen Motordefekts in Rotterdam gelandet. Er ist über Pisa nach Marseille, Lausanne, Mannheim, Wesel geflogen.

*

Am 4. August wird in Prag der internationale Bergarbeiterkongreß eröffnet. In dem Internationalen Bergarbeiterverband, Sitz London, sind 15 Staaten mit einer Zahl von über 2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vertreten.

*

Rakowski ist aus Moskau wieder nach London zurückgekehrt und hatte im Auswärtigen Amt mit dem Leiter der russischen Abteilung eine längere Unterredung.

*

Mittelpolen ist von einer großen Ueberschwemmung heimgesucht. Die Weichsel, der Durajec, die Nawa und die Sola sind über die Ufer getreten. Viele Ortschaften und Einzelgehöfte sind zerstört.

*

Die Madrider „Epoca" schreibt: „Das letzte Tangerabkommen zwischen Spanien, Frankreich und England habe die Schwierigkeiten nicht aus der Welt geschafft. Das neue Tangerstatut sei nicht in Kraft gesetzt worden, die Lage sei vielmehr verwirrter denn je.

Ein schwerer Gang.

Die deutsche Regierung hat folgendes Einladungsschreiben Macdonalds erhalten:

„Als Präsident der jetzt in London versammelten interalliierten Konferenz habe ich die Ehre, Eure Exzellenz zu ersuchen, der deutschen Regierung eine Einladung zu übermitteln, Vertreter zu ernennen, um mit der Konferenz die besten Methoden für die Inkraftsetzung des Dawesberichts vom 9. April 1924 zu erörtern, den die alliierten Regierungen ihrerseits als Ganzes angenommen haben und der von der deutschen Regierung in ihrem Schreiben an die Reparationskommission vom 16. April angenommen worden ist. Ich wäre dankbar, wenn Eure Exzellenz mir sobald als möglich die Namen der deutschen Vertreter und den Zeitpunkt ihrer Ankunft mitteilen würden, die, wie ich hoffe, nicht später als Montag, den 4. August, erfolgen wird."

Die deutsche Abordnung besteht aus achtzehn Personen nebst Bureaupersonal. Bevollmächtigte Delegierte sind Marx, Stresemann und Luther. Die Abreise ist heute vormittag im Sonderzug erfolgt, die Ankunft in London ist für Dienstag früh zu erwarten. Am Sonnabend fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert ein Ministerrat statt. Vor der Abreise soll der amerikanische Unterstaatssekretär Hughes der deutschen Regierung wichtige Aufklärungen gegeben haben.

In London und Paris herrscht großer Optimismus. Die Franzosen erklären schon jetzt, daß man sich auf eine Aenderung der Beschlüsse nicht einlassen werde. Macdonald soll erklärt haben, daß er mit Beendigung der Konferenz am Donnerstag gehe.

Die Stellungnahme der Amerikaner scheint geteilt zu sein zwischen Optimismus und Pessimismus über die Anleihunterbringungsmöglichkeiten. Pierpont Morgan, der große amerikanische Bankier, wird heute in London erwartet. Sein Teilhaber Morrow ist als Generalagent für die Reparationszahlungen in Aussicht genommen. Im allgemeinen scheint man sich in Amerika über das in Aussicht stehende riesige Geschäft schmunzelnd die Hände zu reiben. Die amerikanische Regierung hat in einer offiziellen Erklärung die Londoner Ergebnisse als befriedigend bezeichnet.

*

Bei dem Gang nach London muß man an die Worte des Landsknechtsführers, des alten Frundsberg, zu Luther vor dem Reichstag in Worms denken: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang." Freilich, der Gedanke an Martin Luther deckt eine tiefe Wunde auf: wie unendlich weit sind wir heutigen Deutschen von der unerschütterlichen, aus tiefster Ueberzeugungstreue stammenden mannhaften Festigkeit Luthers entfernt. Und doch geht es heute um ähnliches wie damals: um deutsche Art und deutsches Leben.

Die drei Mindestforderungen.

Drei Bedingungen müssen unter allen Umständen erkämpft werden:

1. Räumung der Ruhr und keine neue Sanktionen Frankreichs,
2. Herausgabe der Gefangenen,
3. keine Zahlungen oder Sachlieferungen, die die deutsche Währung erschüttern oder über den Vertrag von Versailles hinausgehen.

Es sieht heute schon so aus, als ob unsere Regierung in der ersten Frage bezüglich der Zeit der Räumung Zugeständnisse machen wollte. Da ist wenig Hoffnung, daß sie die einzig richtige Politik macht: über diese drei Mindestforderungen noch hinauszugehen und endlich einmal positive Vorteile gegenüber dem als undurchführbar erkannten und von dem deutschen Volke nicht zu verantwortenden Versailler Vertrag zu erringen im Austausch gegen die über den Vertrag hinausgehenden Lasten, die man uns zumutet.

Warnung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Bezeichnend ist, daß jetzt sogar der Reichsverband der deutschen Industrie, dessen bisherige Stellung wir mehrfach scharf kritisiert haben, vor Zugeständnissen in London warnt, obgleich für ihn nach wie vor doch lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sind. Der Verband erklärt:

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat zum Dawesschen Sachverständigengutachten den Standpunkt vertreten, daß es eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen über die Reparationsfrage sei und er hat diesen Standpunkt trotz ernstester Bedenken gegen die Art und Höhe der Deutschland zugemuteten Belastungen und trotz mancher Widersprüche aus seinen eigenen Reihen bisher aufrechterhalten. Um so mehr muß der Reichsverband der deutschen Industrie nach den bisher vorliegenden Nachrichten gegen die Versuche auf der Londoner Konferenz, die Grundlagen des Sachverständigengutachtens in vielen Punkten zu verschieben, Einspruch erheben. Der Reichsverband der deutschen Industrie muß daher die Reichsregierung auf das Nachdrücklichste davor warnen, den Versuchen, die Grundlagen des Sachverständigengutachtens zu verändern, nachzugeben. Die deutsche Regierung darf an die Durchführung des Gutachtens erst dann herangehen, wenn Gewähr dafür besteht, daß auch die Gegenseite die Bestimmungen des Gutachtens innehält.

*

Bisher hatten Engländer und Amerikaner es uns leicht gemacht. Jetzt haben sie vor den Franzosen den Rückzug angetreten. Die französische Zeitung „Le Quotidien" triumphiert: „Der Dawesplan ist in Fetzen gerissen." Die Räumungsfrage ist noch völlig ungeklärt geblieben. Offenbar haben Macdonald und die Yankees den Vorwurf gescheut, sie hätten die Konferenz scheitern lassen. Immer und immer wieder die Rücksicht auf die Franzosen, statt ihnen die Verantwortung für das Scheitern aufzuerlegen, wie es den Tatsachen entsprochen hätte. Jetzt soll uns die Schuld zugeschoben werden: Ganz dasselbe verlogene unehrliche Gaunerspiel wie in Versailles. Von Verständigungswillen keine Rede, sondern Beutegier und dahinter die Gewalt.

*

Nun wird sich zeigen, ob es der Regierung Marx gelungen ist, in Volk und Parlament den Geist der Standhaftigkeit wachzurufen. Daß die Mehrzahl des Reichstags sich die politischen Mindestforderungen zu eigen gemacht hat, ist als ein großer Erfolg und ein großes Verdienst der nationalen Opposition anzusehen. Aufgabe der Regierung ist es nun, gestützt auf diese Opposition, dafür zu sorgen, daß bei der entscheidenden Abstimmung Parteien und Regierung halten, was sie dem deutschen Volke in feierlichen Erklärungen versprochen haben. Wenn sie diesmal umfallen, bedeutet das mehr als eine Gefahr der Regierungskrisis, bedeutet den Beweis der Unzuverlässigkeit und Vertrauensunwürdigkeit des Parlaments. Die Folge würde ein nie wieder auszulöschendes Mißtrauen des Volkes sein, das uns in eine Krisis des Parlamentarismus, zur Verfassungskrisis treiben würde.

Innerer wie äußerer Bestand des Reiches hängen von den Londoner Verhandlungen ab.

Welche Stimmung unsere Delegierten vorfinden werden, zeigt nachstehende Meldung:

London, 3. August. Fast sämtliche Zeitungen benutzen die Wiederkehr des 10 jährigen Jahrestages der englischen Kriegserklärung zu Angriffen gegen Deutschland und gegen die frühere deutsche Regierung.

Der irische Konflikt.

Dem Kabinett Mac Donald ist vor Toresschluß der Parlamentstagung ein schwerer Fall auf den Hals gekommen, der unbedingt noch seine Erledigung finden soll. Die Lösung der irischen Krisis, die durch die Gründung des irischen Freistaates erzielt worden ist, zeigt sich in einem Punkte als unvollkommen. Es handelt sich um die Abgrenzung des irischen Freistaates gegen die protestantisch-englische Provinz Ulster, mit andern Worten um die Festlegung der Grenze zwischen zwei Todfeinden. Diese Aufgabe war in dem Vertrag, der zwischen England und dem irischen Freistaat abgeschlossen worden ist, einer Kommission vorbehalten, in die auch Ulster seinen Vertreter zu schicken hatte. Die Ulster-Regierung hat aber einen solchen Vertreter einfach nicht ernannt und dadurch wurde die Bestimmung über die Festlegung der Grenze unausführbar. Ulster sabotiert den Friedensvertrag mit Irland und in dem Vertrage selbst ist dagegen kein Kraut gewachsen.

Zu diesem Ergebnis sind die Rechtsgelehrten der englischen Regierung gekommen, nachdem sie den Fall eingehend studiert hatten. Es bleibt also nichts übrig, als den irischen Friedensvertrag durch ein Gesetz zu ergänzen, das entweder die Ulster-Regierung zur Ernennung eines Vertreters verpflichtet oder aber die Lösung der Grenzfrage auch ohne Ulster ermöglicht, wenn man in Belfast weiter bei der passiven Resistenz verharrt. Ein dahingehendes Gesetzentwurf soll dem Unterhause zugehen und das englische Parlament soll noch in dieser Woche darüber entscheiden. Sicher ist, daß Mac Donald erhebliche Schwierigkeiten haben wird, das Gesetz durchzudrücken. Denn die Konservativen stehen mit ihrem Herzen auf der Seite von Ulster.

Kritik der Parteien.

Von **Dr. Friedrich Lenz,**
Professor an der Universität Gießen.

In Rom, Madrid, Angora, Moskau empfindet man die Außenpolitik als den verantwortlichen Ausdruck des Gesamtstaats. Mussolinis Reden, Tschitscherins Noten zeigen eine Diktion, die unseren „Geschäftsmännern" des Amts oder Kontors unerreichbar ist.

Die „weltanschauliche" Zerrissenheit unserer Parteien überträgt alle Hemmnisse unserer Geschichte in das Räderwerk des parlamentarischen Staates. Welcher innerlichsten Verbundenheit sollte ein deutscher Staatsmann, ein wahrer Wortführer der Nation erstehen?

Bismarcks Werk haben jene Kräfte zerstört, von Innen wie von Außen, die absudämmen seiner Kraft im März 1890 verwehrt ward. Die Staatsform, welche der Geist der Augusttage 1914 hätte neu beleben können, zerbrach vom Frühjahr 1917 zum Herbst 1918 unter äußerem und innerem Ansturm. Wir sehen keine Partei fähig, das Verlorene wiederherzustellen. Völkische und Großdeutsche wären von Bismarcks kleindeutscher Verfassung mitamt dem Reichstag schwerlich voll befriedigt. Könnten Deutschnationale oder Nationalliberale sie erneuern, ihnen fehlte doch die Mitwirkung der Fürsten. Im Widerspruch zur konstitutionellen Monarchie haben unsere Demokraten von 1858 bis 1918 sich verzehrt: Wisions Sturz hat ihren parlamentarischen Machtanspruch mitsamt den Illusionen nach sich gerissen. Sollten Sozialisten oder Kommunisten den Willen oder die Kraft zur nationalen Führerschaft gewinnen? Sie, deren Wesen eben die Verneinung jedes nationalen wie zumal des deutschen Staates war?

Wie soll aus diesem Neben- und Gegeneinander der Parteien Gutes kommen? Ob Wille zur Macht oder Wille zur Ohnmacht, — es bedarf der Freiheit und des Stoffes, sein Werk zu formen.

Eben damit scheint unser Urteil gesprochen. Wir haben Bismarcks besonnene Führung abgestreift, ohne das eine einzige Partei für sein Bleiben sich wirklich eingesetzt hätte; wir haben alsdann alle Märkte erobern und dennoch den Weltfrieden wahren wollen; schwankend zwischen Demokratie und Autokratie, sind wir in einen Krieg hineingestolpert, dessen Ziele unserem Auswärtigen Amt anerkanntermaßen verborgen blieben. Sind diejenigen Parteien, welche seit dem russischen Umsturz von 1917 das Steuer unseres Reiches ergriffen, fähig, uns aufs freie Meer der Weltpolitik hinauszuführen? Vermögen dies jene Wirtschaftsführer, deren Aufsteigen eben mit der wilhelminischen Periode beginnt, dank deren unser geistiges Erbe in Mantheit „verwirtschaftet" worden ist? So daß wir die Konstellation von Versailles vornehmlich als wirtschaftliches Problem ansehen lernten?

Und doch ist die Konstellation von Versailles für ein geschultes Auge nicht ohne Ausblick. Der Gewaltfriede hat uns von der Last unserer Bündnisse befreit. Rußlands Gegnerschaft am Bosporus, Englands Rivalität in Afrika und Vorderasien, Japans Feindschaft in Ostasien ausgeteilt.

Welch lockende Aufgabe, den von Frankreich um uns gelegten Ring zu weitern, Rußland einzuschalten, England zu neutralisieren: freilich nur mit einem Volk zu lösen, das fähig ist, eine internationale Linie durch Jahrzehnte einzuhalten.

Wir verzehren uns in innerstaatlichen Streitereien; zum außenpolitischen Aufstieg fehlt hier der Wille, dort die Einsicht. Wahrlich, die Aufgabe ist keine Frage der Verfassung noch Verwaltung, der Rassen noch der Reichsumschichtung.

Können wir hoffen, sie losgelöst von der Geschichte zu bewältigen, mittels der demokratischen Denkschablone eines Hugo Preuß, die für den Negerstaat Liberia nicht minder gilt, wie für Gebiete ältester Kultur und Staatlichkeit? Vor dem Aberglauben an Verfassungsschemata hat schon der große Geschichtschreiber Ranke gewarnt. Der Wiederauftieg unseres Reiches ist nicht an die Formen: Republik oder Monarchie gebunden.

Viel stärker steht unsere Außenpolitik unter demjenigen Gesetz der Stunde, das die Staatengesellschaft regiert. Die Demokraten die man uns zum Muster vorhält, folgen ihm nicht weniger wie die Autokratie der Sowjets.

In Amerika, England und Frankreich ist die Demokratie unmittelbarer Ausdruck des nationalen Genius, in wahrhaft nationalen Revolutionen wider den äußeren Feind oder dessen Sachwalter siegreich durchgekämpft. Mithin kein Ergebnis einer geistigen Niederlage, eines staatlichen Verzichts, eines Schuldbekenntnisses oder militärischer Selbstentäußerung. Die Völker selber leben uns jene Gedanken der Freiheit und der nationalen Selbstbestimmung, nos, ohne deren Dasein Republik oder Parlamentsherrschaft nur wesenlose Schatten sind. Die Generäle an Rhein und Ruhr werden Herriots, des Sozialisten, Berater. Macdonalds erstes Regierungswort bestätigte Englands Herrschaft über Indien. Nicht anders in Italien des Fascio oder bei den Russen. Man erwäge, daß Mussolinis Kontakt zu Schützengrabenbünden entstanden ist, daß Lenins Nachfolge auf einer Roten Armee ruht, daß Heerführer die Türkei und Spanien leiten.

Freilich bestreiten die Sieger von Versailles eben damit unser eigenes Lebensrecht, knebelt uns Frankreich. Sollten wir auf Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes verzichten? Schuldlüge und Entmannung als internationale Tugend preisen? Vergebens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240805013/fragment/page=0001

Die Ideen der Freiheit und Selbstbestimmung, für die unsere Feinde fechten wollten, gelten allen Völkern, sie sind unverlierbar und unversichbar. Keine Unterwerfung nach Unterschrift entwertet sie. Dies haben unser Gegner selber uns gelehrt.

Der Friede von Versailles, der unser Volk zur Schicksalsgemeinschaft eint, ist somit der Vereinigungspunkt aller Parteien; von ihm geht der Appell an jenes höhere Recht, was er uns weigert und das doch der Urgrund seiner eigenen Geltung ist.

Dies ist zugleich die nationale und internationale Plattform jeder Partei, die sich dem Ausland nicht bewußt verschreibt. Eben dadurch treten sie hinter eine Diplomatie, die nun zur nationalen Staatskunst sich erhebt. Indem die nationalen Parteien derart mit internationalem, die internationalen Parteien sich mit nationalem Gehalt erfüllen, bereiten sie den Boden jenem Staatsmann, dessen Kommen wir ersehen.

Kommunistische Kampftaktik.

Der Schutz der Demonstrationen. — Ueberfälle auf die Polizei. — Die Sicherung der Kampftruppe. — Barrikadenbau.

Aus einem Rundschreiben, das von der kommunistischen Zentrale in Berlin an die Parteifunktionäre ergangen ist, geben wir die folgenden Anweisungen zur Durchführung von Putschen wieder:

„Die bewaffneten Kräfte, welche zur Demonstration mobilisiert worden sind, verteilen sich auf die aktiven, in den Kolonnen eingeschlossenen Gruppen und eine Reserve, welche zur Verfügung des Stabes steht. Die Bewaffnung ist: Pistolen und Handgranaten. Die Aufgaben der Gruppen ist der Schutz der Kolonnen und das aktive Vorgehen gegen die Polizei. An der Spitze und in der Mitte des Demonstrationszuges müssen sich die stärksten bewaffneten Kräfte aufhalten. Die großen Kolonnen werden an der Seite von bewaffneten Gruppen, die auf den Seitenstraßen sich aufhalten, geschützt. Die Taktik während der Demonstration richtet sich nach der Taktik der Polizei.

Geht die Polizei bzw. Reichswehr in Ketten vor, so darf unter keinen Umständen aus weiter Entfernung auf die Polizei geschossen oder auch nur mit Steinen geworfen werden, sondern die Demonstration muß rasch bis dicht an die Polizeikette geführt werden.

Bei entschlossenem Zugreifen wird es dann fast immer möglich sein, Entwaffnungsaktionen unter Vorhalten von Pistolen durchzuführen. Offiziere und besondere brutale Polizeibeamte, die zum Vorgehen gegen die Demonstranten auffordern, sind sofort unschädlich zu machen. Geht die Polizei in geschlossenen Kolonnen oder auf Autos gegen die Menge vor, so kann man durch zwei Methoden der Polizei entgegentreten.

1. Die Lastautos werden durch eine Menge umdrängt. Ein kleiner Trupp besonders entschlossener O.D.-Genossen schwingt sich plötzlich aufs Auto und verhindert hierdurch die Kampfähigkeit der Polizeimannschaft. Unter allen Umständen ist dafür Sorge zu tragen, daß die Trupps, welche die Entwaffnung der Lastautos durchzuführen haben, stark mit Handgranaten bewaffnet sind, um beim ersten Versuch eines Widerstandes

durch Handgranatenwurf die Insassen des Autos zu erledigen.

2. Verfügen die Demonstrierenden nicht über militärisch ausgezeichnet disziplinierte Trupps und ist die revolutionäre Entschlossenheit der Massen nicht groß genug, so müssen durch einen Handgranatenüberfall die geschlossenen Kolonnen und Lastautos niedergekämpft werden und

durch Ausnutzung der Ueberraschung die übrige Polizei zurückgedrängt und entwaffnet werden.

Am gefährlichsten sind die Versuche der Polizei, durch Absperrung der Demonstrations- und Seitenstraßen die Demonstration in eine Falle zu bringen. Dann müssen nach Durchbrechung einer Seitenstraße andere Straßen zum Demonstrieren benutzt werden. Um die Massen auch schon in der Vorbereitungszeit an den

Bau von Barrikaden

zu gewöhnen, sowie auch zum realen Schutz gegen Flankenangriffe der Polizei müssen besondere Trupps die Massen zum Bau von Barrikaden, hauptsächlich in den Seitenstraßen, von denen Angriffe der Polizei zu vermuten sind, anleiten. Ueberhaupt ist es vorteilhaft, die Massendemonstrationen zur Durchführung kurzfristiger Straßenkämpfe auszunutzen."

Vaterländische Kundgebungen.

Deutscher Marinetag. — Vaterländische Verbände.

Im Rahmen des Deutschen Marinetages in Hannover fand ein besonderer Festakt statt, an dem die Abordnungen zahlreicher Marineverbände aus ganz Deutschland und Vertreter der anderen vaterländischen Verbände teilnahmen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg wurde mit stürmischen Hurra- und Hochrufen begrüßt. Fregattenkapitän Scheibe hielt die Festrede auf die Marine, wobei er besonders der im Weltkriege vollbrachten Großtaten deutscher stolzer Geschwader gedachte. Sein Hoch galt dem deutschen Vaterland. General Maerker sprach über Deutschlands Kolonialwirtschaft, wobei er besonders betonte, daß ein Kolonialbesitz zu Deutschlands unbedingter Lebensnotwendigkeit gehöre. Begeistert sangen die Versammelten das Lied von der Wacht am Rhein.

*

Eine Tagung der Vereinigten vaterländischen Verbände in Berlin beschäftigte sich mit der Aufwertungsfrage und den Agrarzöllen. Der Vorsitzende, Abg. Geisler, stellte als Beschluß der Tagung fest; den durch die Inflation enteigneten Besitzern von Wertpapieren des Staates und der Gemeinden, den alten Leuten und Arbeitsunfähigen ohne Einkommen, sind für die Hergabe ihrer Wertpapiere von Staat und Gemeinden angemessene Renten zu sichern. In der Zollfrage treten die V. V. V. für einen mäßigen Zollschutz der Landwirtschaft ein. Sie wollen im Volke Aufklärung darüber verbreiten, daß mit diesem Zollschutz der innere Zoll, die Umsatzsteuer, an die Grenze verlegt wird.

Die Trauerfeiern im Reich.

Berlin, 4. August. Gestern vormittag fand bei ungeheurer Beteiligung der Berliner Bevölkerung eine Gedenkfeier für die deutschen Opfer des Weltkrieges statt. Nach dem Aufmarsch zweier Ehrenkompagnien der Reichswehr betrat unter Hoch- und Heilrufen der Hunderttausende der Reichspräsident die Freitreppe des Reichstages, gefolgt von den Mitgliedern der Reichsregierung und den Ehrengästen. Nachdem die Musik die Trauerweise aus dem Oratorium Saul gespielt hatte, sprach zunächst der evangelische Feldprobst Dr. Schleger ergreifende Worte zum Andenken der Gefallenen des Weltkrieges. Darauf sang der Erstke Männergesangverein. Anschließend hielt der stellvertretende katholische Feldpropst der Reichswehr eine Ansprache zum Gedächtnis an die vom deutschen Volk gebrachten Kriegsopfer. Nach erneutem Chorgesang betrat der Reichspräsident die Rednertribüne. Er bezeichnete in seiner Ansprache den Tag als einen solchen des Gedenkens und der Trauer, aber zugleich auch des Dankes und erklärte weiter,

nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat habe Deutschland vor zehn Jahren die Waffen ergriffen.

In diesem Bewußtsein habe es den langen Krieg geführt und nur dieser Geist könnte es die gewaltigen Opfer ertragen lehren, die alle Kreise des deutschen Volkes an Gut und Blut bringen mußten. Trotz aller Stürme der letzten Jahre, fuhr der Reichspräsident fort, ist uns das Reich erhalten geblieben. Wir geloben heute, daß an diesem Bau nicht gerüttelt werden darf, daß wir alle unsere Kraft einsetzen wollen, damit Deutschland den Platz unter den Völkern der Erde wieder einnehmen kann, der ihm gebührt. An diesem Ziele mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Deutschen, ist eine Ehrenpflicht gegenüber den Brüdern, die ihr Leben hingegeben haben in Verteidigung der Heimat, ist vor allem eine Ehrenpflicht der deutschen Jugend. So soll der Geist der Toten lebendig bleiben in uns allen, im ganzen deutschen Volke. Es ist heute der Ruf hinausgegangen an das deutsche Volk, unseren Toten ein würdiges Denkzeichen zu errichten. Aber darüber hinaus wollen wir — das lassen Sie, deutsche Männer und Frauen, uns in dieser Stunde geloben — dem Gedächtnis unserer Toten und unserer Opfer ein Denkmal bauen, dauernder denn Erz:

Das freie Deutschland!

Nach der mit brausendem Beifall aufgenommenen Ansprache formierte sich die Reichswehr zur Trauerparade. Kurz nach 12 Uhr brach dann die Musik ab und für zwei Minuten setzte jeder Verkehr aus. Ergreifende Stille setzte auf dem Königsplatze ein. Während des gemeinsamen Gesangs des Liedes „Wir treten zum Beten" wurden die Fahnen hochgezogen und die Ehrenkompagnie marschierte unter dem Klang des Deutschlandliedes ab, in das die Versammelten kraftvoll einstimmten. Nur langsam leerte sich der Platz von den Menschenmassen und erst einige Stunden später hatte er wieder das alte Aussehen.

*

Reichspräsident und Reichsregierung haben anläßlich der Gedenkfeier eine Kundgebung erlassen, in der sie zur Einigkeit mahnen und das deutsche Volk zur Errichtung eines Ehrenmals für seine Gefallenen aufrufen.

Die Gedenkfeiern im Reiche sind überall ungestört und würdig verlaufen. Die an einigen Orten von kommunistischen Abteilungen unternommenen Störungsversuche konnten ohne Zwischenfall vereitelt werden.

Die Feier der Pazifisten.

Auf dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide in Berlin wurden gestern von Deputationen des Aktionsausschusses Nie wieder Krieg! der Deutschen Liga für Menschenrechte und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten an den Gräbern der deutschen und ehemals feindlichen Soldaten Kränze niedergelegt. An der Feier nahm eine Abordnung der interalliierten Militärkommission teil. (!!!)

Zum Schutze deutscher Einwanderer in Argentinien.

Der seit 41 Jahren bestehende „Verein zum Schutze germanischer Einwanderer" in Buenos-Aires hat die Einwanderer von 35 einlaufenden deutschen Dampfern im Jahre 1923 betreut, 5784 Stellengesuche Deutscher aus aller Herren Länder bearbeitet und 5674 Stellen tatsächlich besetzt.

Der Verein hat sich mit dem Deutschen Volksbund für Argentinien dahin geeinigt, daß in Zukunft die Stellenvermittlung allein Gegenstand der Arbeit des Vereins zum Schutze germanischer Einwanderer sein wird, während der Deutsche Volksbund seine Arbeit ausschließlich den Siedlungsmöglichkeiten widmen wird. Beide Vereine werden zusammen mit der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft ein gemeinsames Gebäude errichten.

Der bisherige Einwanderungskommissar des Deutschen Reiches in Argentinien, Dr. Stichel, ist an die Stelle des scheidenden Leiters der Beratungsstelle des Deutschen Volksbundes für Argentinien getreten nachdem trotz lebhafter Bemühungen des Volksbundes und des Vereins zum Schutze germanischer Einwanderer bei den zuständigen Berliner Stellen nicht erreicht werden konnte, den Posten des Reichskommissars aufrechtzuerhalten.

Matteottis Leiche gefunden?

Rom, 6. August. Die Angaben des Abgeordneten Zaniboni über den Verbleib der Leiche Matteottis gewinnen bei Nachprüfung der Einzelheiten immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Zaniboni sagte aus, Matteotti sei unterwegs förmlich gefoltert worden, um bestimmte Aussagen von ihm zu erpressen. Schließlich habe man ihn erwürgt und durch Vermittlung der Poliklinik nach dem Hauptriedhof gebracht und dort beerdigt. Die Grabstelle wird von Zaniboni genau bezeichnet. Die Ausgrabung der Leiche steht unmittelbar bevor.

*

Ueber die vom italienischen Ministerrat genehmigte Neuordnung der faszistischen Miliz werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Miliz wird in die bewaffneten Organisationen des Staates eingereiht und ihre Soldaten, die Mitglieder des Königs die Treue schwören. An der Spitze der Miliz steht ein Generalkommando, 12 Unterkommandos, drei Kommandos für die Legionengruppen und 96 Legionenkommandos. Die Offiziere und Soldaten der Miliz werden mit Ausnahme der obersten Offiziere nur besoldet, wenn sie einberufen werden. Die Offiziere der Miliz werden wie Offiziere der Marine und des Heeres behandelt.

Der frühere Minister de Cesaro bestätigte in einer demokratischen Versammlung, daß die Opposition jetzt nicht zur Macht gelangen wolle, doch werde der Kampf gegen alle Maßnahmen Mussolinis fortgesetzt werden. Der „Mondo" lehnt die vom Ministerrat angekündigten Maßnahmen des Pressegesetzes ab. Ferner beschäftigt sich das Blatt mit der Neuordnung der Miliz und erklärt das Dekret für ungenügend, da trotz der Vereidigung auf den König die Zulassung zum Eintritt von der politischen Eignung abhängig gemacht werde.

Nieder mit Deutsch-Tirol!

Eine italienische Verordnung vom 21. Juli schreibt aus militärischen Gründen vor, daß in den Grenzgebieten das Eigentumsrecht an Grundbesitz Beschränkungen unterworfen ist. Das gilt in der Provinz Trient für alle Gemeinden der Bezirke Meran, Brixen und Bozen und in der gesamten Provinz für alle Orte, die höher als 1500 Meter über dem Meere liegen. Die Einschränkungen sind die folgenden: Es ist verboten, irgendwelche Abholzungen, Häuser und Straßenbauten, Bergwerks-, Wasser- und Elektrizitätswerksbauten zu unternehmen, die nicht von der Militärverwaltung genehmigt sind. Jeder der die Genehmigung erhält, muß sich verpflichten, auf Aufforderung hin diese Neubauten gegen die übliche Entschädigung wieder zu demolieren. Die Militärbehörde kann diese Demolierung auch für heute schon bestehende Bauten anordnen.

Auch der Neubau alpiner Schutzhütten ist von einer Bewilligung der Militärbehörde abhängig, wie auch dem Kriegsministerium zur Verpachtung an italienische Staatsbürger und nationale Gesellschaften alle alpinen Schutzhütten überwiesen werden, die früher reichsdeutschen Staatsbürgern, Gesellschaften oder juristischen Personen gehört haben. Die Militärbehörde kann das gesamte Grundeigentum der bezeichneten Gebiete unter Daueraufsicht stellen und alles Eigentum in den genannten Bezirken enteignen.

Diese neue Verordnung untergräbt das gesamte Rechts- und Wirtschaftsleben des neuen Gebiete völlig und öffnet einer rein wirtschaftlichen Entnationalisierung Tür und Tor.

Die Opposition in Rumänien spielt trotz des Belagerungszustandes ihre Aktion gegen die Regierung fort. Die bolschewistische Propaganda nimmt immer mehr zu. Die rumänische Regierung behauptet, daß Averescu einen Staatsstreich beabsichtige, um die Regierung Bratianu zu stürzen und sich selbst zum Diktator zu machen.

*

Aus Sofia wird gemeldet, daß ein griechisches Grenzbataillon 26 Bulgaren in Griechisch-Mazedonien gefangengenommen und 19 davon getötet hat. Die bulgarische Regierung unternimmt bei der griechischen Regierung und bei der Internationalen griechisch-bulgarischen Auswanderungskommission energische Schritte wegen dieser Vorgänge.

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

44. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Nach all den furchtbaren Erlebnissen, heut kam dann die Rückkehrung über den unglücklichen Mann. Er fühlte sich wie zerschlagen, todmatt und müde. Da der Kleine nun fest schlief, schlich er auf den Zehen hinaus, sich für einige Stunden auf sein Lager zu werfen. Aber Ruhe und Schlaf fand er nicht.

Am nächsten Morgen zeigte sich des Kleinen Zustand noch ziemlich unverändert. Nur seine sonst so rege Empfänglichkeit für alles um ihn herhatte merklich abgenommen. Ja, selbst nach dem Vater verlangte er nicht mehr, sondern lag still und teilnahmlos in seinem Bettchen.

Die Kindergärtnerin, welche gestern erst nach elf Uhr heimgekommen, hatte mit Bestürzung von der unerwarteten Ankunft des Legationsrats und der Entdeckung ihrer pflichtwidrigen Handlungsweise gehört und sich infolgedessen gar nicht in Erwins Schlafstube, die ja auch die ihre war, hineingetraut, sondern die Nacht im Dienstbotenzimmer bei den beiden Stubenmädchen zugebracht. Ihr heimgekommen